

5. Oktober 2011

Postulatvon Linda Bär (SP)
und Jacqueline Badran (SP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er den Dank für die Steuerleistung, der heute nur den 100 zahlungskräftigsten SteuerzahlerInnen und den 100 zahlungskräftigsten Firmen der Stadt Zürich zukommt, in Zukunft entweder nach dem Zufallsprinzip 100 beliebigen Steuerzahlenden aussprechen kann oder dann vollständig darauf verzichtet.

Begründung

Ende Jahr 2010 wurde bekannt, dass der Stadtrat den je 100 zahlungskräftigsten SteuerzahlerInnen und den 100 zahlungskräftigsten Firmen der Stadt Zürich einen Dankesbrief schreibt. Die Dankesbriefe „sind eine Marketingaktivität, die mithelfen soll, dass Personen und Unternehmen, die einen wesentlichen Beitrag an das gesamte Steueraufkommen tragen, sich respektiert und wahrgenommen fühlen“, wie der Stadtrat als Antwort auf eine schriftliche Anfrage der Postulantinnen schreibt.

Diese Praxis ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig.

Erstens ist Steuern zahlen keine milde Gabe gnädiger Herrn, sondern eine Pflicht, damit die Stadt Zürich ihre demokratisch beschlossenen Aufgaben erfüllen und ihre vielfältigen Leistungen erbringen kann.

Zweitens werden mit dieser Vorgehensweise die Steuerzahlenden in zwei Klassen geteilt und ungleich behandelt. Es gilt der Verfassungs-Grundsatz, dass jede und jeder nach der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Steuern zahlt. In dem Sinne bezahlen die, die wesentlich höhere Einkommen erzielen, logischerweise auch höhere Steuerbeiträge. Dies hat aber nichts mit Grösszügigkeit zu tun, die speziell verdankt werden soll, sondern ist eine Selbstverständlichkeit und ein Grundpfeiler unserer Verfassung und Demokratie.

Drittens profitieren Vermögende und Unternehmen überproportional von städtischen Leistungen, wie z.B. von der weltweit erstklassigen Infrastruktur, dem hohen Sicherheitsniveau, was ein Bodyguard-freies Leben ermöglicht, den Kulturinstitutionen wie Kunsthaus, Schauspielhaus, Tonhalle, den öffentlichen Spitzenschulen und Universitäten, der weltweit einmaligen öffentlichen Gesundheitsversorgung, den stabilen Verhältnissen und dem sozialen Frieden, was diesen Dankesbrief erst recht unnötig erscheinen lässt.

Viertens ist der Nutzen und der Marketingeffekt doch eher zweifelhafter Natur, ist doch zu befürchten, dass die Empfängerinnen und Empfänger eher beunruhigt reagieren und ihren Steuerberater anfragen, was er denn falsch mache, dass sie auf der Liste der hundert besten Steuerzahler figurieren.

Es darf sogar angenommen werden, dass es für Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen, mit wesentlich mehr Verzicht und Aufwand verbunden ist, ihre Steuern zu bezahlen. Ein Handwerker mit zwei Kindern beispielsweise muss sich die Steuern regelrecht vom Mund absparen. Im Lichte der massiven steuerlichen Entlastungen des Kapitals in den letzten 10 Jahren für Vermögende und Unternehmungen (Teilabschaffung Erbschafts- und Schenkungssteuer, Abschaffung der Handänderungssteuer, Halbierung der Kapitalsteuer, Senkung der Gewinnsteuer, Halbierung der Dividendenbesteuerung, Senkung städtisches Steuerfuss um 11%), während Arbeit und Konsum belastet wurden, wirkt der Dankesbrief



zusätzlich unangemessen. Im Gegenteil, man könnte sogar erwarten, dass die guten Steuerzahlenden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern für diese Präsente danken.

Zu verdanken wären vielmehr die tausenden unbezahlten Stunden von Menschen im Dienste der Gemeinschaft wie Vereinsarbeit, Nachbarschaftshilfe und Pflege, die der Stadt Zürich viele Aufgaben buchstäblich ersparen. Ihnen gebührt in einer „Marketingaktion“ Dank, damit sie sich „respektiert und wahrgenommen fühlen“.

Die neofeudalistische Bücklingspolitik ist in keiner Weise den Vertretern eines auf Rechtsgleichheit basierenden Staates würdig und deshalb unverzüglich zu unterlassen.